

Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 64 (1985)
Heft: 3

Vorwort: Ende oder Wende?
Autor: Hubacher, Helmut

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 25.03.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Ende oder Wende?

SPS-Präsident Helmut Hubacher über die Wald-Extrasession

Schweizerische Politik besticht durch Stabilität, nicht durch Attraktivität. Hie und da passiert dennoch Ungewohntes. So, als die SP-Fraktion anfangs Wintersession 1984 gemäss Art. 86 Ziff. 2 der Bundesverfassung eine Extra-Waldsession durchsetzte. Ungewohnt war dieses Ansinnen deshalb, weil die Premiere 1891 stattgefunden und es seither keine Fortsetzung mehr gegeben hatte. Entsprechend verärgert kommentierte die bürgerliche Konkurrenz den SP-Vorstoss. Die Schweizerische Depeschagentur verbreitete am 29. November 1984 folgende Meldung:

«Schaumschlägerei», «Show», «politischer Schlag»: Mit diesen Qualifikationen haben Spitzenvertreter der FDP, CVP und SVP auf den sozialdemokratischen Vorstoss für eine Sondersession zum Thema Waldsterben reagiert. Die drei Bundesratsparteien äusserten auch (ihren) Unmut über den «Alleingang der SP».

Wir haben nach dem a.o. Parteitag vom Februar 1984 im Berner Kursaal versprochen, «schampar unbequem» zu werden. Darüber machen sich bürgerliche Politiker gerne lustig, sind wir es aber, ärgern sie sich. Nun, die Wald-Extrasession endete nicht als «Schaumschlägerei», sackte keineswegs zum vorausgesagten «Palaver» ab, sondern setzte sich als seriöser Versuch durch, in die Waldproblematik einzudringen. Dabei war die Ausgangslage markiert. In einem bundesoffiziellen Bericht vom September 1984 heisst es: «Das Waldsterben stellt eine existentielle Bedrohung für unser Land dar». Mit andern Worten: Der

Ernstfall findet nicht an der militärischen Front, sondern in der Natur statt.

Die Waldsession löste Bewegung aus, animierte Parteien, Politiker, Verbände, Bürgerinitiativen und unzählige Menschen zum Nachdenken. Die Politiker erhielten Post wie kaum je zuvor. Politik stand für einmal im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses. Die Tribünen des Nationalrates hätten Tausende von Interessierten aufnehmen sollen. Der Vorwurf, man hätte sich diese Wald-Extrasession ersparen können, verstummte.

Was wurde erreicht? Der Nationalrat hat Anlauf genommen, hat Massnahmen eingeleitet. Vorwiegend bürgerliche Politiker vollbrachten einen beachtlichen geistigen Sprung. Viele von ihnen bagatellisierten noch vor wenigen Monaten Fakten, d.h. verleugneten den Tatort Wald. Viele von ihnen bekunden noch immer grösste Mühe, von der Einsicht zur Tat zu schreiten.

Der Ständerat gar setzte sich auf's hohe Prestigeross und demonstrierte der erstaunten Nation, sich vom nationalrätlichen Galopp zu distanzieren. Der Vorschlag von SP-Ständerat Edi Belser, für diesen Ausnahmefall halt am Samstag zu tragen, um vorgängig am Freitagnachmittag das nationalrätliche Massnahmenbündel in der eigenen Kommission vorzubereiten, löste etwelche Aufregung aus und wurde als mittlere Zumutung empfunden.

Immerhin, beide Räte, also auch der Ständerat, haben die wohl wichtigste Entscheidung dieser Extra-Waldsession verabschiedet. Nämlich den verpflichten-

den Antrag an den Bundesrat, bis spätestens Ende des Jahres den Schritt vom vorhandenen Problemerkatalog zum Massnahmenkatalog zu tun. Das Ziel ist unbestritten: Die heutigen Luftverhältnisse sollen auf den Stand der fünfziger Jahre zurückverbessert werden. Der Bundesrat muss beantragen, wie er dieses Ziel in welcher Zeit und mit welchen konkreten Massnahmen erreichen will. Dieser demonstrative «Befehl» der beiden Räte geht auf eine Motion von SP-Ständerätin Esther Bühler im Auftrage der SP-Fraktion zurück. Die weiteren Kommissions-Motionen, die vom Nationalrat angenommen und vom Ständerat bis zur Märzsession vertagt wurden, stammen fast ausnahmslos aus der SP-Fraktion.

Zusammenfassend darf erklärt werden, die Wald-Extrasession habe das Problembewusstsein allgemein verstärkt und wirke bei den Gegenmassnahmen beschleunigend. Sie stärkt den Handlungswilligen im Bundesrat und in der Verwaltung den Rücken. In der Beurteilung, auf welchen Wegen und mit welchen Mitteln das gesteckte Ziel erreicht werden soll, besteht keine Übereinstimmung.

SP, die übrigen Linken sowie der Landesring sind in ihrer Bereitschaft, das Nötige zu tun, weit vor den übrigen Parteien der Rechten, Ausnahmen ausgenommen. Auf bürgerlicher Seite ist der Glaube an die Technik, ist die Zuversicht in technische Sanierungsmöglichkeiten beinahe noch ungebrochen. Penetrant wird z.B. der Standpunkt vertreten, Atomkraftwerke seien als umweltfreundliche Stromlieferanten geradezu das Wunderheilmittel für den kranken Wald. Der Katalysator wird nicht einfach als technisches Hilfsmittel zur Reduktion der Autoabgase beurteilt, sondern wird zur melodiosen Hymne umkomponiert, mit dem Kata-

lysatorauto werde alles, alles wieder gut und niemand brauche sich einzuschränken.

Wir sind bisher mit der Umwelt umgesprungen, wie wenn wir noch eine zweite in Reserve hätten. Die grenzenlose Verschwendung auf der ganzen Linie, mit der Energie, mit den Rohstoffen, mit dem Gift im Boden, mit der Verbetonierung der Landschaft hat zur heutigen Situation geführt, die im Waldsterben lediglich das dramatischste Signal manifestiert. Und diese Entwicklung wird nicht mit technischen Massnahmen coupiert. Erhard Eppers Frage: «Ende oder Wende?» ist die entscheidende. Wer Atomkraftwerke als Sanierer propagiert und den Atommüll samt den Sicherheitsproblemen negiert, hat noch nichts begriffen.

Wir müssen den Irrglauben aufgeben, unbeschränktes Wachstum sei technisch möglich, alles sei technisch machbar, ohne unsere Umwelt zu gefährden. Konkret bedeutet das, Bahnen statt

Autobahnen, Energie sparen statt Energie verschwenden, mehr Natur und weniger Chemie in der Landwirtschaft, mehr Sorge tragen zum Trinkwasser, statt es sorglos zu versauen. Wir dürfen nicht weiter die Umwelt zerstören, weil wir glauben, sie mit technischen Massnahmen «flicken» zu können.

So gesehen war die Wald-Extrasession nur ein Anfang. Im SPS-Wahlprogramm 1983 heisst es: «Umweltschutz repariert die Schäden. Umweltpolitik verhindert sie. In einer kaputten Umwelt sind auch die Menschen kaputt, die Wirtschaft und die Gesellschaft. Humane Arbeitsplätze, eine florierende Wirtschaft und eine gesunde Lebensweise sind nur in einer gesunden Umwelt möglich. Deshalb ist Umweltpolitik im weitesten Sinne auch Sozialpolitik.»

Das Wahlprogramm ist unser Arbeitsprogramm. Das verpflichtet. Verpflichtet, das zu tun und zu unterstützen, was un-

serer Umwelt hilft. Wer als Kranker gesund werden will, muss oft schmerzvolle medizinische Eingriffe und Behandlung ertragen. Die Wiederherstellung einer gesünderen Umwelt, als wir sie heute haben, geht ebensowenig schmerzlos vor sich. Davor haben viele Politiker Angst. Es ist (noch) populärer, so zu tun, als ob es schmerzfrei und ohne Eingriffe in bisherige Bequemlichkeiten ginge. Wer sich als Politiker aus Opportunitätsgründen dazu verleiten lässt, zu wenig zu tun, wird später von den Wählerinnen und Wählern härtere Vorwürfe bekommen, als wenn er unbequeme Forderungen unterstützt. Eine amtliche Feststellung nämlich steht im Raum: «Das Waldsterben stellt eine existentielle Bedrohung für unser Land dar.»

Schöne Worte helfen da nichts. Das war der tiefere Sinn, weshalb die SP-Fraktion eine Extra-Waldsession durchsetzte. Wir müssen handeln, wir haben gar keine andere Wahl.

Versuch einer Standortbestimmung der SPS

Ein neues Kapitel schreiben

Von Florian Schlegel, St. Gallen

Niederlagen und Verluste

Wenn man einmal absieht vom eindrucklichen und spektakulären Parteitag über die Regierungsbeteiligung, gehört das Jahr 1984 in der Geschichte der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz wie schon die Jahre unmittelbar davor zu jenen, die man bald vergessen möchte.

Es war geprägt von schmerzlichen Wahl- und Abstimmungsniederlagen. Der mit wenigen Ausnahmen (z.B. Stadt Biel) bittere Niedergang der einst so starken Berner Sozialdemokraten bei den jüngsten Kommunal-

wahlen und die schwere Niederlage bei der Abstimmung über die Mutterschaftsinitiative vom 2. Dezember (knapp 16 Prozent Ja-Stimmen) bilden die vorläufigen Schlusspunkte einer langen Reihe ähnlicher Vorgänge. Auch die sanktgallischen Gemeindewahlen vom vergangenen Herbst brachten nebst einigen erfreulichen Lichtblicken namentlich in der Hauptstadt empfindliche Verluste.

Zur Abrundung des Bildes sei daran erinnert, dass der Stimmenanteil des SPS bei den Nationalratswahlen 1983 mit 22,8 Prozent in den letzten 50 Jahren

den absolut tiefsten Stand erreicht hat. Bei den Wahlen in die kantonalen Parlamente hat die SP in den letzten vier Jahren 40 Mandate eingebüsst. Von den insgesamt 2879 Parlamentssitzen entfallen noch 551 oder 19,1 Prozent auf die Sozialdemokraten.

Die Wende

Wo liegen die wichtigsten Ursachen dieser unerfreulichen Entwicklung?

*Die wirtschaftlichen Einbrüche der siebziger Jahre, die zunehmend deutlicher den Beginn ei-